

Netzwerk Newsletter #2

Dies ist nur der Anfang - Widerstand weiter aufbauen:

Protestieren, demonstrieren, streiken - gegen den Klassenkampf von oben!

Der Widerstand muss weitergehen! Das Paket von massiven Angriffen auf unseren Lebensstandard und lang erkämpfte Errungenschaften der Arbeiter*innenbewegung muss abgewehrt werden. Wenn wir uns nicht bewegen, werden wir den größten Kahlschlag seit der Agenda 2010 erleben, und noch schlimmer. Der Widerstand darf nicht halbherzig sein. Wir setzen uns für den weiteren Aufbau der Widerstandsbewegung ein.

Unsere Vorschläge für den Widerstand im Herbst:

- **Gemeinsame Mobilisierung:** Aufbau einer bundesweiten Bewegung aus Gewerkschaften, Die Linke und Sozialbündnissen. Nach dem 26.9. als nächstes eine Großdemo in Berlin im Spätherbst!
- **Aufklärung und Diskussion in den Betrieben:** Betriebs- und Personalversammlungen, um über Ankündigungen der Arbeitgeber sowie die Folgen der Gesetzesänderungen durch die Bundesregierung aufzuklären und um über die nötige Gegenwehr zu diskutieren. Diese sollten so lange dauern, wie es nötig ist, damit alle Beschäftigten ihre Fragen stellen und Beiträge machen können. Sie können auch mehrere Tage dauern und als Teil der Protestbewegung Wirkung entfalten.
- **Bundesweite Aktionskonferenzen der Gewerkschaften und sozialen Bewegungen;** Vernetzung von Belegschaften, Aktiven und Bündnissen zur Vorbereitung der Proteste.
- **Kämpfe verbinden:** Anstehende Tarifrämpfe miteinander koordinieren und mit dem Kampf gegen die Reformagenda und Job-Kahlschlag verbinden. Gemeinsame Streiks und Kundgebungen, wo es möglich ist.
- **Politischer Streik:** Ohne Streiks und Arbeitsniederlegungen wird es nicht möglich sein, die Angriffe zu verhindern. Daher muss schon jetzt eine Ausweitung hin zu politischem Streik vorbereitet und die Frage eines 24h-Generalstreiks diskutiert werden.
- **Die Gewerkschaften brauchen einen Kurswechsel:** Schluss mit der Bereitschaft zum Verzicht - das rettet keine Arbeitsplätze! Keine Zugeständnisse an die "Reform"agenda der Regierung!

Wir sagen: Nein zu allen Verschlechterungen! Stattdessen braucht es Verbesserungen!

Denn schon seit Jahren steigen die Lebenshaltungskosten und wir können uns immer weniger leisten. Seit Jahren beklagen wir zu wenig Personal in Krankenhäusern, Schulen, Kitas, in der Pflege und in den Verwaltungen. Den Kampf gegen die geplanten Verschlechterungen sollten wir mit Forderungen nach längst überfälligen

Verbesserungen führen. Deshalb sagen wir auch, die Gewerkschaften sollen nicht nur für einen Status Quo kämpfen, sondern in die Offensive gehen **für zentrale Forderungen wie:**

- **Gesundheitswesen:** Nein zu Klinikschließungen & Zweiklassenmedizin! Weg mit Fallpauschalen, volle Refinanzierung des Personals. Für eine bedarfsgerechte Gesundheitsversorgung ohne Profitorientierung.
- **Arbeitsplätze und Arbeitszeitverkürzung:** Kampf um jeden Arbeitsplatz! Verbot sachgrundloser Befristungen. Nein zur Aufweichung des 8-Stunden-Tages. Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich!
- **Rente:** Rente ab 60! Steuerfreie Mindestrente von 1.000€ plus Warmmiete. 70% des Nettolohns als Standard. Keine Koppelung an die Lebenserwartung.
- **Investitionsprogramm:** Für ein massives Investitionsprogramm und mehr Personal in den Bereichen Gesundheit, Bildung, Wohnen, Umwelt, Soziales.
- **Finanzierung:** Die Reichen sollen zahlen: Für eine Vermögenssteuer von 10% ab einer Million Euro und ein stark progressives Steuersystem mit drastisch höheren Steuern auf Unternehmensprofite und große Erbschaften.
- **Militarisierung stoppen:** Abrüsten statt Aufrüsten! Nein zum 5%-Ziel der NATO. Nein zur Militarisierung der Gesellschaft.
- **Öffentlich statt privat:** Private raus aus der öffentlichen Daseinsvorsorge: Rekommunalisierung von privatisierten Krankenhäusern, Verstaatlichung von Pharma-, Gesundheits-, Energie- und Immobilienkonzernen. Überführung von Großkonzernen, Banken und Wohnbaugesellschaften in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung durch die arbeitende Bevölkerung.

Für eine kämpferische Gewerkschaftspolitik - gegen kapitalistisches Chaos, Krieg und Krise! Schließt euch eurer Gewerkschaft an, wenn ihr noch nicht Mitglied seid. Und macht mit beim "Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ver.di". Gemeinsam können wir Druck von unten für eine kämpferische Gewerkschaftspolitik und konsequenten Kampf gegen die Grausamkeiten von Regierung und Bossen machen.



Charité: Tarifvertrag Entlastung unter Beschuss

Von Magda Majeed, Berlin (Für den Koordinierungs-Kreis des Netzwerks)

2015 streikten die Beschäftigten der Berliner Charité erstmals für mehr Personal. 2021 setzten sie mit der „Berliner Krankenhausbewegung“ nach wochenlangem Erzwingungsstreik den Tarifvertrag Entlastung (TV-E) durch. Jetzt stehen diese Errungenschaften unter Beschuss.

Der TV-E legt Station für Station fest, wie viele Patient*innen auf eine Pflegekraft kommen. Wird die Vorgabe gerissen, gibt es Entlastungspunkte, die in freie Tage umgewandelt werden. So wird die Arbeitgeberin sanktioniert. Über 500 Stellen sind so in den vergangenen Jahren aufgebaut worden, bundesweit gibt es inzwischen an 27 Kliniken einen TV-E. Nun hat die Charité gekündigt: Der Vertrag wirkt nur noch bis Ende 2026 nach.

Aushöhlung mit Ansage

Die Begründung liefert die Gesundheitsreform von Ministerin Nina Warzen: Weil die Pflegepersonalkosten wieder in den Fallpauschalen stecken, könne man sich Entlastung nicht mehr leisten. Dabei war die Herauslösung des Pflegebudgets selbst ein Erfolg der Pflegestreiks. Die Beschäftigten mussten von der „Insel der Glückseligen“ herunterkommen, heißt es. Gesagt wird das Menschen, die im Minutentakt entscheiden müssen, wer zuerst versorgt wird - in einem Land, in dem für Aufrüstung Milliarden bereitstehen.

Alle Forderungen der Tarifkommission wurden abgeschmettert: mehr Personal, bessere Ausbildungsbedingungen, eine Regelung für schwerbehinderte Kolleg*innen, volles Gehalt für internationale Fachkräfte.



Teamdelegierte sollen künftig nur noch in ihrer Freizeit mitverhandeln - ein Angriff auf erkämpfte demokratische Strukturen. Gleichzeitig werden Servicetätigkeiten der ausgegliederten CFM-Tochter (Charité Facility Management) auf die Pflege abgewälzt. Der Plan ist erkennbar: Aushängeschild bleiben, kosten soll er nichts mehr.

Solidarität ausweiten!

Alle Arbeitgeber*innen schauen auf die Charité. Ein schlechter Abschluss hier trifft zehntausende Pflegekräfte - und alle, die auf sie angewiesen sind. Nötig sind volle Mobilisierung und eine sichtbare Kampagne aller ver.di-Fachbereiche, DGB-Gewerkschaften und Branchen: Aktivenkonferenzen in allen Krankenhäusern, ein Massenflugblatt für die Betriebe. Auch Solidaritätsstreiks in anderen Kliniken gehören auf die Tagesordnung, ebenso eine bundesweite Kampagne für eine gesetzliche Personalbemessung.

Der Kampf darf sich nicht auf Abwehr beschränken. Weg mit den Fallpauschalen, alle Kosten müssen refinanziert werden. Wir brauchen ein öffentliches Gesundheitswesen nach Bedarf - unter Kontrolle von Beschäftigten, Gewerkschaften und Patient*innenverbänden statt unter Profitzwang. Auch Die Linke sollte hier selbstbewusst die Systemfrage stellen.



Im Juli und September trafen sich mehr als 200 Kolleg*innen auf Initiative von einigen betrieblich Aktiven zu Online-Treffen des „gewerkschaftlichen Ratschlags“. Im Oktober wird wahrscheinlich eine Konferenz in Göttingen stattfinden, auf der beraten werden soll, wie eine Kampagne aussehen sollte, um den Sozialkahlschlag zu stoppen. Weitere Infos: www.umverteilen-statt-sozialabbau.de

Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ver.di, unser nächstes Treffen: 07.10. um 18 Uhr (digital) - dort wollen wir u.a. den 26.09. auswerten und weitere Schritte diskutieren.

Homepage: www.netzwerk-verdi.de



Kontakt:
info@netzwerk-verdi.de
Website:
netzwerk-verdi.de
Instagram:
[@netzwerk.verdi](https://www.instagram.com/netzwerk.verdi)

